

Gemeinsam für Demokratie, Frieden und Freiheit: Forderungen nach vier Jahren Krieg in der Ukraine

Positionspapier des Deutschen Städtetages



Gemeinsam für Demokratie, Frieden und Freiheit: Forderungen nach vier Jahren Krieg in der Ukraine

Positionspapier des Deutschen Städtetages – beschlossen vom Hauptausschuss am 22. Januar 2026 in Dresden

Seit vier Jahren kämpft die Ukraine für ihre und unsere europäische Zukunft. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Krieges sind in ganz Europa deutlich spürbar. Anlässlich des vierten Jahrestages des vollumfänglichen völkerrechtswidrigen russischen Angriffs auf die Ukraine und des andauernden Krieges bekräftigen die deutschen Städte daher ihre Solidarität und ihre Unterstützung. Sie stehen weiterhin fest an der Seite der Ukraine.

Seit Beginn des Krieges unterstützen deutsche Kommunen die Ukraine auf ihrem schwierigen Weg. Sie sind beim Erhalt und bei der Stärkung demokratischer Strukturen und Institutionen der Ukraine wesentlich beteiligt und leisten damit auch einen Beitrag auf dem Weg zur EU-Integration des Landes. Die über 250 deutsch-ukrainischen kommunalen Partnerschaften zeigen ein herausragendes Engagement. Trotz katastrophaler Finanzlage bringen deutsche Kommunen – neben der substantiellen Förderung über Bundesprogramme – auch eigene finanzielle Mittel zur Unterstützung ihrer ukrainischen Partner in teilweise beträchtlichem Umfang ein. Durch wertvolle zivilgesellschaftliche Hilfsleistungen wird diese bürgernahe kommunale Hilfe für die Ukraine noch verstärkt.

Um das Engagement deutscher Städte fortsetzen und festigen zu können, erwartet der Deutsche Städtetag von Bund, Ländern und von der Europäischen Union:

- 1. Die Unterstützung und den Wiederaufbau der Ukraine sowie ihre EU-Annäherung als gemeinsame nationale Aufgabe zu etablieren und zu kommunizieren.**
- 2. Städte substanziell und strukturiert in die Planung und Umsetzung des Wiederaufbaus einzubinden.**
- 3. Kommunales Engagement zu unterstützen und finanziell sicherzustellen, insbesondere:**
 - a. strukturierte und langfristige finanzielle Förderung aufzubauen;**
 - b. Personalstellen zu ermöglichen und weitere Unterstützungsmöglichkeiten anzubieten;**
 - c. Beratung durch eine zentrale Stelle anzubieten;**
 - d. Reise-Risiken abzusichern sowie**
 - e. Vernetzungsformate weiterzuentwickeln und Begegnung zu ermöglichen.**

1. Unterstützung, Wiederaufbau und EU-Annäherung als gemeinsame nationale Aufgabe etablieren und kommunizieren

Urban Diplomacy und Städtepartnerschaften sind essenzieller Bestandteil der internationalen Zusammenarbeit. Die Unterstützung der Ukraine, ihr Wiederaufbau und die EU-Annäherung sind eine besondere und gemeinsame nationale Aufgabe. **Um diese auch im kommunalen Bereich und bei den Kommunalaufsichten der Bundesländer abzusichern, braucht es einen Rahmenbeschluss der Bundesländer**, der diese gemeinsame nationale Aufgabe beschreibt und festigt. Dazu gehört ein Ineinandergreifen der Strategien, Programme und Maßnahmen auf allen Ebenen – von der europäischen Ebene, über Bund und Länder bis zu den Kommunen.

Vorrangiges Ziel muss es sein, die **kommunale Selbstverwaltung als wichtigen Eckpfeiler für eine demokratische, handlungsfähige und selbstbestimmte Ukraine auf dem Weg in die Europäische Union zu stärken**. Besondere Bedeutung erlangt dies angesichts der Re-Zentralisierungstendenzen, die die kommunale Selbstverwaltung in der Ukraine unter Druck setzen.

Darüber hinaus würde **der Deutsche Städtetag eine stärkere Kommunikation der Bundesebene begrüßen, welche insbesondere das wichtige Engagement und die Partnerschaft** (zum Beispiel durch erfolgreiche Kooperationen/Projekte) **deutscher Kommunen mit ukrainischen Kommunen hervorhebt**. Dadurch würden deutsche Kommunen in ihrem internationalen Engagement unterstützt und gestärkt, und die ukrainische kommunale Selbstverwaltung in ihren Kompetenzen und politischer Verantwortung sichtbarer gemacht und ebenfalls gestärkt werden.

2. Städte substanziell und strukturiert in die Planung und Umsetzung des Wiederaufbaus einbinden

Deutsche und europäische Städte müssen strukturiert in nationale und internationale Wiederaufbaumechanismen eingebunden werden. Städte sind zentrale Akteure bei Umsetzung und Gestaltung. Nur, wenn sie systematisch beteiligt werden, kann der Wiederaufbau schnell und praxisnah erfolgreich sein. Im Sinne einer echten Mehrebenen-Governance müssen Städte bei der Planung und Implementierung am Tisch sitzen. Dies bedeutet konkret:

- **Eine frühzeitige Einbindung in die Ukraine Recovery Conference (URC):** Es braucht institutionalisierte Beteiligungsformate auf Bundesebene und innerhalb der URC. Dazu muss die kommunale Beteiligung innerhalb der URC kontinuierlich ausgebaut und gefestigt werden.
- Bei Reisen von Vertreterinnen und Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in die Ukraine oder ihrer Teilnahme an internationalen Konferenzen muss eine Aufnahme kommunaler Vertreterinnen und Vertreter in der deutschen Delegation systematisch mitgedacht werden. Der Besuch mindestens einer Kommune bzw. die Begegnung mit einem/r ukrainischen Bürgermeister/in sollte als Programmpunkt aufgenommen werden. Beim Besuch einer ukrainischen Stadt von einem/r deutschen Minister/in bzw. Staatssekretär/in muss die deutsche Partnerstadt in die Vorbereitung eingebunden werden.
- **Politische Unterstützung durch Dialog und regelmäßige Begegnungen zwischen hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern des Auswärtigen Amtes und des BMZ sowie Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern engagierter Städte ist notwendig.**

3. Kommunales Engagement unterstützen und finanziell sicherstellen, insbesondere:

a. Strukturierte und langfristige finanzielle Förderung aufbauen

Die internationale Zusammenarbeit gehört zu den freiwilligen Aufgaben einer Kommune. Viele Städte sind aufgrund ihrer prekären Haushaltsslage nur schwer in der Lage, ihr Engagement vor Ort zu finanzieren. Kommunale Förderinitiativen und -programme für Kommunen erfolgen bisher meist projektbezogen, punktuell als Einzelmaßnahmen und ohne strategische Gesamtstruktur. Kommunalpartnerschaften hingegen sind oft auf viele Jahre angelegt. Bei ihrer Arbeit werden Kommunen durch Programme wie „Verbesserung des Bevölkerungsschutzes und Wiederaufbau in kommunalen Partnerschaften mit der Ukraine“ oder den Kleinprojektfonds der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) unterstützt, die sie wertschätzen. Bundesfördermittel haben eine erhebliche Hebelwirkung.

Tragfähige Wiederaufbau- und Solidaritätspartnerschaften müssen dauerhaft ermöglicht werden. Dazu braucht es eine systematische und langfristige finanzielle Unterstützung durch verlässliche Förderinstrumente bzw. durch ein strukturiertes Rahmenprogramm mit wahrnehmbar ausgestatteten Finanzinstrumenten des Bundes. Diese sollen auf Basis der Bedarfe ukrainischer Kommunen systematisch und zielgerichtet auch umfangreiche Projekte fördern. Insbesondere sollen sie die Begleitung der Ukraine auf dem Weg zum EU-Beitritt mit Einbringung der jeweiligen Expertisen auf EU-, Bundes-, regionaler und lokaler Ebene (zum Beispiel Schulungen, Vor-Ort-Termes, thematischen Studienreisen oder Workshop-Reihen) in den Blick nehmen.

Bereits bestehende Programme, wie zum Beispiel der ↗ Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, ↗ SKEW, ↗ U-LEAD with Europe, ↗ TIPS4UA und ↗ Cities4Cities können Instrumente in dieser Struktur sein. Bei einer Skalierung bestehender Programme sollte darauf geachtet werden, dass diese unbürokratisch und einfach in der Abwicklung sind. Ergänzend könnte ein „Kommunaler Resilienzfonds“ wirken, der gezielt Projekte fördert und die Widerstandsfähigkeit ukrainischer und deutscher Städte gegenüber Kriegsschäden, Klimakrisen und Versorgungsausfällen stärkt.

Die Einbindung von Unternehmen und die Stärkung wirtschaftlicher Zusammenarbeit können eine wichtige Säule des Wiederaufbaus sein und wird als Bedarf seitens der ukrainischen Partner betont. Dazu müssen Investitionen abgesichert und Rahmenbedingungen geklärt werden.

b. Personalstellen ermöglichen und weitere Unterstützung schaffen

Viele engagierte Kommunen stoßen darüber hinaus personell an ihre Grenzen. Notwendig ist ein dauerhafter Fördertopf mit langfristiger Finanzierungssicherheit für Personalstellen in Kommunen, um die Ukraine-Partnerschaften zu koordinieren.

Dolmetsch- und Übersetzungskosten sollten stärker gefördert werden, da sie einen erheblichen Kostenaufwand für Kommunen darstellen. Darüber hinaus sind erleichterte Vergabeverfahren weiterhin notwendig.

c. Beratung durch eine zentrale Stelle anbieten

Für Abteilungen in den Kommunen, die sich mit europäischen und internationalen Themen befassen, sind Fragen der Ausschreibung und Vergabe, Transport von Hilfsgütern, Finanz- und Rechtsfragen sowie Zollformalitäten große Herausforderungen. **Deshalb soll den Kommunen bei komplexen Aspekten eine engere Begleitung und Beratung durch eine zentrale Stelle angeboten werden.** Diese könnte auch Informationen zu Ansprechpartnerinnen und -partnern im Auswärtigen Amt und im BMZ sowie eine FAQ-Sektion zur Beantwortung häufiger Fragen beinhalten und alle Informationen bündeln.

d. Reise-Risiken absichern

Deutsche Kommunen profitieren vom direkten Austausch mit ukrainischen Partnerstädten mit wichtigen Praxiserfahrungen in Bereichen wie Zivilschutz, Digitalisierung oder Krisenmanagement. Reisen in die Ukraine sind jedoch für kommunale Verantwortungsträgerinnen und -träger mit erheblichen Risiken und Unsicherheiten verbunden. **Um Handlungssicherheit zu schaffen, braucht es unter anderem kollektive Reiseversicherungen und regional differenzierte Gefährdungsbewertungen.** Diese sollten in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt und dem BMZ entwickelt werden. Bundesländer können mit ihren Kommunalaufsichtsbehörden unterstützend wirken, beispielsweise durch eine anerkannte Risikoabsicherung im Rahmen der Kommunalaufsicht. Notwendig ist zudem **ein bundesweites Sicherheits- und Reisebriefing für kommunale Delegationen.**

e. Vernetzungsformate weiterentwickeln und Begegnung ermöglichen

Regelmäßige Peer-to-Peer-Austauschformate sowie **Projekte** wie Cities4Cities und „Kommunale Partnerschaften mit der Ukraine“ der SKEW **müssen unterstützt und weiterentwickelt werden.**

Kinder- und Jugendbegegnungen sollen besonders gefördert und trilaterale Begegnungen, zum Beispiel durch das Deutsch-Französische oder das Deutsch-Polnische Jugendwerk ausgebaut und gestärkt werden.

Beschluss des Hauptausschuss des Deutschen Städtetages zum vorliegenden Positionspapier

1. Der Hauptausschuss betont die besondere Bedeutung der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit für die Unterstützung der Ukraine auf ihrem Weg in die Europäische Union sowie für den Wiederaufbau des Landes. Die über 250 deutsch-ukrainischen kommunalen Partnerschaften zeigen das herausragende kommunale Engagement. Anlässlich des vierten Jahrestages des völkerrechtswidrigen russischen Angriffs auf die Ukraine und des andauernden vollumfänglichen Krieges bekräftigen die deutschen Städte ihre Solidarität.
2. Der Hauptausschuss fordert, die Unterstützung und den Wiederaufbau der Ukraine sowie ihre EU-Annäherung als gemeinsame nationale Aufgabe zu etablieren und zu kommunizieren. Um diese auch im kommunalen Bereich und bei den Kommunalaufsichten der Bundesländer abzusichern, braucht es einen Rahmenbeschluss der Bundesländer, der diese gemeinsame nationale Aufgabe beschreibt und festigt.
3. Der Hauptausschuss fordert vom Bund und von der Europäischen Union, Städte als zentrale Akteure substanzell und strukturiert in die Planung und Umsetzung des Wiederaufbaus einzubinden. Der Wiederaufbau kann nur dann schnell und praxisnah gelingen, wenn Städte systematisch beteiligt werden. Dazu gehören Beteiligungsformate auf Bundesebene und im Rahmen der Ukraine Recovery Conference sowie die systematische Berücksichtigung und Einbeziehung der Kommunen in nationale Aktivitäten wie politischen Gespräche, Teilnahme an internationalen Konferenzen und Aufnahme in nationale Delegationen.
4. Beim Wiederaufbau gewinnt die praktische Implementierung vor Ort an Bedeutung. Der Hauptausschuss regt daher als Weiterentwicklung der Struktur des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die Dezentralisierung der Ukraine die Einsetzung kommunaler Mittler an, um die kommunale Selbstverwaltung zu unterstützen.
5. Der Hauptausschuss fordert Bund, Länder und Europäische Union auf, kommunales Engagement zu unterstützen und finanziell abzusichern. Insbesondere müssen eine strukturierte und langfristige finanzielle Förderung aufgebaut sowie Personalstellen und weitere Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Einrichtung einer zentralen Beratungsstelle und die Absicherung von Reise-Risiken sind zentral; Begegnungen und die Weiterentwicklung von Vernetzungsformaten müssen ermöglicht werden.
6. Der Hauptausschuss nimmt das Forderungspapier „Gemeinsam für Demokratie, Frieden und Freiheit – Forderungen der deutschen Kommunen nach vier Jahren Krieg in der Ukraine“ zustimmend zur Kenntnis.

Herausgeber

© Deutscher Städtetag Berlin und Köln, Februar 2026

Autorinnen

Lina Furch

Lyudmyla Dvorkina

In Zusammenarbeit mit

dem Arbeitskreis Internationales des Deutschen Städtetages

Kontakt in der Hauptgeschäftsstelle

Lina Furch, Leiterin der Abteilung Europa/Internationales,

E-Mail: lina.furch@staedtetag.de

Lyudmyla Dvorkina, Wissenschaftliche Mitarbeiterin,

E-Mail: lyudmyla.dvorkina@staedtetag.de

Publikationsbetreuung: Freya Altmüller

Satz und Layout: Media Cologne, Hürth

ISBN 978-3-88082-406-5

Titelbild: © lenswOrld – stock.adobe.com

Hauptgeschäftsstelle Berlin
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030 37711-0

Hauptgeschäftsstelle Köln
Gereonstraße 18 - 32
50670 Köln
Telefon 0221 3771-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de
Folgen Sie uns:
www.staedtetag.de/socialmedia